

Für ein krisenfestes Europa:

Katastrophenschutz und zivile Vorsorge in der EU

Waldbrände, Überflutungen, Desinformation, Sabotageakte, Lieferkettenengpässe – die Krisen unserer Zeit machen keinen Halt an Landesgrenzen, unterscheiden sich nicht von einer Region zur nächsten. Sie werden nicht nur zahlreicher, sondern auch zunehmend komplexer. Gerade deshalb gewinnt eine gut abgestimmte europäische Unterstützung an Bedeutung. Im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz bringt die EU den Gedanken europäischer Solidarität ganz konkret zur Anwendung: Sie fördert und koordiniert gemeinsame Maßnahmen, um europäische Unterstützung im Bedarfsfall schnell und effizient anbieten zu können.

Ein Beitrag von
Hans-Ulrich Gössl



Foto: European Union, 2022 / Jérémie Mázeng

Bei großen Waldbränden in Frankreich im Jahr 2022 unterstützten mehr als 400 Feuerwehrleute und 100 Fahrzeuge aus Deutschland, Österreich, Polen und Rumänien die französischen Kräfte vor Ort

Das [EU-Katastrophenschutzverfahren](#) baut auf genau diesem Ansatz auf. Es unterstützt und stärkt die Fähigkeiten und Kapazitäten der zuständigen nationalen Akteure und sorgt für reibungslos aufeinander abgestimmte Hilfeleistungen der EU-Staaten. Dies betrifft nicht nur Naturkatastrophen, sondern auch von Menschen verursachte Krisenlagen. So kann das europäische Unterstützungsverfahren auch bei industriellen Unfällen, Pandemien oder, wie im Fall der Ukraine, bei bewaffneten Konflikten aktiviert werden.

Im europäischen Katastrophenschutzverfahren stellen die 27 EU-Mitgliedstaaten und zehn Partnerstaaten ihre verfügbaren Ressourcen zur Verfügung, um im Bedarfsfall einem anderen Land Hilfe zu leisten. Das System beruht auf Freiwilligkeit und fördert damit Solidarität zwischen EU- und Partnerstaaten sowie gegenüber anderen Staaten weltweit. Die zuständige Kompetenz und operationelle Verantwortung verbleiben dabei stets bei den nationalen Behörden. Ist ein Land von einer Krise

Zum Autor:

Hans-Ulrich Gössl ist Referatsleiter in der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe bei der Europäischen Kommission.

betroffen, kann es eine Notfallofffrage an das Krisenzentrum nach Brüssel schicken, welches den Einsatz europäischer Kapazitäten koordiniert.

Damit es im Idealfall gar nicht erst so weit kommt, findet unter Koordination der Europäischen Kommission ein reger Austausch zwischen den EU-Mitglied- und Partnerstaaten statt. Dieser umfasst ein **Wissensnetzwerk** zum Erfahrungsaustausch im Bereich der Forschung und Fähigkeitsentwicklung, Informationsaustausch zu Prävention, Fördermaßnahmen zur Entwicklung von neuen und zusätzlichen Fähigkeiten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sowie regelmäßige Schulungen und Übungen für internationale Einsätze. Statt die Bemühungen der Mitgliedstaaten zu ersetzen, fördert das Verfahren die Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Akteuren.

Eine veränderte Bedrohungslage

In den vergangenen Jahren hat die Anzahl an Hilfeersuchen für Unterstützungseinsätze bei Krisenfällen deutlich zugenommen. Europa erhitzt sich schneller als jeder andere Kontinent und ist den Folgen des Klimawandels bereits jetzt besonders stark ausgesetzt. So verdeutlicht etwa die Waldbrandsaison des vergangenen Sommers die Notwendigkeit, Kapazitäten weiter auszubauen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu vertiefen, um Regionen und Kommunen besser unterstützen zu können. Trotz zunehmender Investitionen und Kapazitäten auf allen Ebenen wird das Problem immer größer. 18 Hilfeersuche zur Waldbrandbekämpfung wurden allein letzten Sommer nach Brüssel gesandt. Insgesamt sind in Europa während eines Sommers mehr als eine Million Hektar Wald verbrannt – eine Fläche, die größer ist als Zypern.

Gleichzeitig erhöht die zunehmend angespannte geopolitische Lage das Risiko hybrider Bedrohungen wie Cyberangriffe und Sabotage kritischer Infrastruktur. Die Reaktionsfähigkeit und Stabilität europäischer Städte, Landkreise, Gemeinden und Regionen hängen von unserer Fähigkeit ab, sektorübergreifend und vorausschauend zu handeln. Wir müssen uns auf eine größere Bandbreite von Risiken vorbereiten, die sich zudem gegenseitig verstärken und zunehmend komplexere Krisenfälle verursachen können.

Von der Krisenbeantwortung zur proaktiven Vorsorge

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, hat die EU-Kommission im März 2025 eine **EU-Strategie für Krisenvorsorge** vorgelegt. Aufbauend auf einer Stärkung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes sieht diese Strategie einen ganzheitlicheren Ansatz vor, um Bürgerinnen und Bürger und die wichtigsten gesellschaftlichen Funktionen angesichts der sich verändernden Bedrohungslage besser schützen zu können. Ein zentraler Punkt darin ist eine proaktivere und systematischere Einbindung von Krisenvorsorge in allen relevanten Politikbereichen. Vorsorgemaßnahmen sollen beispielsweise in der Landwirtschafts-, Industrie- oder Bildungspolitik eingebracht werden, um eine Kultur der „eingebauten Vorsorge“ zu entwickeln. Zudem schlägt die Europäische Kommission mit dieser Strategie einen konkreten Aktionsplan vor, um nicht nur alle Sektoren und Verwaltungsebenen, sondern auch die Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Bevölkerung verstärkt in die Krisenvorsorge einzubinden.



Im März 2025 stellten die EU-Kommissarinnen Roxana Mînzatu (links) und Hadja Lahbib (rechts), die EU-Strategie für Krisenvorsorge vor

Die strategische Priorität ziviler Vorsorge soll sich auch in den europäischen Finanzierungsinstrumenten wiederfinden. Der im Sommer vorgestellte Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen des EU-Budgets ab 2028, der zurzeit im Rat verhandelt wird, bildet zivile Vorsorgemaßnahmen deutlich breiter als bisher in EU-Förderprogrammen und Finanzierungsangeboten ab. Unmittelbar werden solche Angebote auch in bereits bestehenden Programmen verankert, etwa im Rahmen der derzeit laufenden Halbzeitüberprüfung der EU-Kohäsionspolitik oder über die Förderprogramme Erasmus+ und des Europäischen Freiwilligendienstes, die zivile Krisenvorsorge als neue Finanzierungspriorität definieren.

Vorsorge auf lokaler Ebene – dort, wo es zählt

Die neue strategische Schwerpunktsetzung auf zivile Vorsorge sowie der begleitende Aktionsplan und neue Finanzierungsoptionen eröffnen Regionen und Kommunen zusätzliche Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten und Kapazitäten in einem integrierten Krisenmanagement über Verwaltungsebenen und Politikbereiche hinweg koordiniert auszubauen. Hier liegt großes Potenzial, das zeitnah genutzt werden sollte, um einer zunehmend instabileren Gegenwart und Zukunft proaktiv und resilient gegenüberzutreten zu können.

Mehr deutsches Engagement

Innerhalb des EU-Katastrophenschutzverfahrens ist in den letzten Jahren bereits ein deutlicher Trend verstärkten deutschen Engagements erkennbar. Die Angebote der Europäischen Kommission, die eine stärkere grenzüberschreitende Beteiligung lokaler und regionaler Akteure ermöglichen, werden stark nachgefragt. Eine konkrete Initiative stellt die über das EU-Katastrophenschutzverfahren koordinierte und kofinanzierte Vorabpositionierung von lokalen Feuerwehreinheiten während der jährlichen Waldbrandsaison dar. Teams aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben daran in den vergangenen Jahren teilgenommen und über mehrere Wochen Seite an Seite mit Einsatzkräften in anderen Ländern Waldbrände bekämpft. Das unterstützt nicht nur die Einsätze vor Ort, sondern schafft auch einen enormen Wissensgewinn für die teilnehmenden Teams, insbesondere aus Regionen, in denen Waldbrandrisiken bislang gering waren, durch den Klimawandel aber deutlich zunehmen.

Ein weiteres Beispiel ist die Katastrophenschutzübung „Magnitude 2024“ in Baden-Württemberg, an der Einsatzgruppen aus Österreich, Griechenland, Frankreich und der Schweiz teilnahmen, gemeinsam mit Behörden auf verschiedenen Ebenen. Dabei konnten auch Städte, Landkreise und Polizeidienststellen aktiv eingebunden werden.

Darüber hinaus bietet das Katastrophenschutzverfahren die Möglichkeit, an Peer-Review-Übungen teilzunehmen. Nationale oder regionale Behörden können sich dabei gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus anderen Ländern über ihre Katastrophenschutzsysteme austauschen. Auf diese Weise entstehen neue und konkrete Impulse für die Weiterentwicklung lokaler Strukturen auf Grundlage bewährter Strategien aus anderen



Foto: Innenministerium Baden-Württemberg

Ländern. Brandenburg nahm kürzlich als erstes deutsches Bundesland an dieser Initiative teil und erhielt wertvolle Anregungen von Waldbrandexpertinnen und -experten aus Italien, Spanien und Portugal.

Bei der Katastrophenschutzübung „Magnitude 2024“ simulierten Einsatzgruppen aus mehreren Ländern die Evakuierung eines Wohngebäudes

Gemeinsam für ein resilientes Europa

Wenn wir Krisenresilienz ernst nehmen, beginnt sie in unseren Regionen, unseren Gemeinden, bei den Menschen vor Ort. Genau dort, wo Feuerwehren ausrücken, wo Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Entscheidungen treffen, wo Freiwillige Leben retten. Moderne Krisen treten nicht isoliert auf und lassen sich nicht von einzelnen Staaten oder Akteuren bewältigen. Ein gemeinschaftlicher europäischer Ansatz schafft Struktur, bündelt Wissen, vernetzt Kapazitäten und macht Ressourcen im Einsatzfall dort verfügbar, wo sie dringend benötigt werden. Ein Europa, das lokale Kompetenz mit europäischer Solidarität verbindet, stärkt damit nicht nur den Schutz der Bevölkerung, sondern auch die Handlungsfähigkeit seiner Regionen und Kommunen. ■

Infos

EU-Katastrophenschutzverfahren:

🔗 https://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/thematic/civil_protection_de.pdf

EU-Wissensnetzwerk für Katastrophenschutz:

🔗 <https://civil-protection-knowledge-network.europa.eu/>

EU-Strategie für Krisenvorsorge:

🔗 https://germany.representation.ec.europa.eu/news/krisenvorsorge-neue-eu-strategie-und-bericht-zu-arbeit-der-eu-behorde-hera-vorge-stellt-2025-03-26_de